

8. Januar 2005, Erfurt:

Was wollen wir mit dem Sozialforum in der derzeitigen politischen Situation in Deutschland, und was kann es leisten?

Wir alle stehen unter dem Eindruck der schrecklichen Flutkatastrophe in Südostasien. Viele unter uns sind traurig und wütend zugleich. Wütend, weil diese ultimative Mahnung wiederum zeigt, dass die Herausforderungen unserer Welt völlig neue Antworten verlangen und schon lange verlangt hätten. Umweltkatastrophen, ökologische Schäden und Raubbau an der Natur und der sich vertiefenden sozialen Kluft ist mit den herkömmlichen Mitteln nicht beizukommen. Auf der Tagesordnung stehen Frühwarnung, Krisenvorsorge, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Auf der Tagesordnung stehen aber auch Schuldenstreichung für die betroffenen Länder, Umverteilung von Rüstungsmilliarden und die Zügelung des Internationalen Währungsfonds, dessen Politik z. B. in der Finanzkrise Südasiens 1997/98 dazu führte, dass in Indonesien über 20 Millionen Menschen ihre Arbeit und Existenz verloren und viele verhungerten.

Wir brauchen keine militärischen Kampftruppen, Eurofighter oder Raketenabwehrsysteme im Weltall, sondern humanitäre Einsatzkräfte, die bei Krisen wirklich helfen können. So könnten die Folgen solcher Katastrophen entscheidend vermindert werden.

Zu achten ist jetzt darauf, dass die finanzielle Hilfe den Hütten und nicht in erster Linie den Palästen, etwa denen der Tourismusindustrie, zugute kommt. Internationale Solidarität ist für uns die Verpflichtung, dass im Ergebnis der Katastrophe die Welt ein wenig gerechter ist.

Heute wollen wir Analysen erarbeiten, uns untereinander verständigen und viele dabei einbeziehen. Wir wollen am öffentlichen Diskurs teilnehmen und unserer Stimme Gehör verschaffen. Wir wollen auf eine öffentliche Atmosphäre hinarbeiten in der ein Wechsel zu einer anderen Politik möglich erscheint. Dies alles, um letztlich auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen zu können.

Uns ist bewusst, dass wir davon noch weit entfernt sind. Die Probleme unserer Gesellschaft sind allgegenwärtig, und sie häufen sich. Unser Land durchläuft einen Systemwechsel auf zwei Ebenen: Vom beschützenden Staat des Grundgesetzes

zum Kapitalismus pur sowie vom „nie wieder Krieg“ und dem Friedensgebot der Nachkriegszeit zur weltweiten militärischen Intervention.

Die Folgen sind explodierende Profite, fehlende Investitionen und folglich ausbleibende Arbeitsplätze. Löhne und Renten werden faktisch gekürzt, die Abgaben und Gebühren steigen. Die öffentliche und individuelle Armut nimmt bei wachsendem privaten Reichtum zu. Eine Europäische Verfassung soll kommen, worin der Einsatz der Bundeswehr zu weltweiten Kampfeinsätzen ebenso Verfassungsrang erhalten soll, wie die Verpflichtung zur weiteren Aufrüstung. Demgemäß steigen die Rüstungsausgaben, während die öffentlichen Belange vernachlässigt werden.

Kein Wunder, dass die gesellschaftliche Unzufriedenheit immer größer wird. Immer weniger Menschen fühlen sich in ihren Anliegen vertreten. So steht es in der Einladung zum 1. Sozialforum in Deutschland. Doch die Proteste wachsen nicht kontinuierlich an. Natürlich verhalten sich soziale Bewegungen wie Ebbe und Flut, sie kommen und gehen. Die wichtigere Ursache scheint mir aber der Zweifel am Erfolg, wirklich etwas bewegen zu können. Zugleich geht die Angst um in Deutschland. Sie reicht bis in die Mitte der Gesellschaft, nämlich dort zu landen, wo die Hartzopfer bereits sind. Ausgestoßen, überflüssig, weil sie nicht mehr gebraucht werden. Dazu kommt ein breiter neoliberaler Konsens der meinungsbildenden Eliten, der den allgemeinen Zugang zur Wahrheit verhindert

Diese Politik wird, mit Ausnahme der beiden PDS-Frauen, von allen Bundestagsparteien getragen. Alternativen werden nicht wahrgenommen, Vorschläge werden abgewiegelt oder als illusionär bezeichnet. Die wesentlichen Entscheidungen fallen in den Zentralen internationaler Konzerne, weswegen das parlamentarische System verkümmert. Der Verfall parlamentarischer Legitimität begünstigt das Aufkommen rechtsextremer Stimmungen und entsprechender Parteien.

Die Demokratie erfolgt nach der Tagesschau und dem Tatort bei Sabine Christiansen. Was dort und wer dort zur Sprache kommt zählt. Initiativen wie die Neue Soziale Marktwirtschaft, wofür die Spitzenverbände der Wirtschaft Millionen aufwenden, greifen zudem mit Anzeigen, Spots und der direkten Einflussnahme auf die Öffentlichkeitsarbeiter ein.

Und so kommt ein Schock nach dem anderen. US-Folterspezialisten glauben, wenn man den verschiedenen Körperteile eines Menschen gleichzeitig Elektroschocks

versetzt, geraten die Betroffenen in derartige Verwirrung darüber, woher der Schmerz kommt, dass sie keinen Widerstand mehr leisten können.

Davon sind wir noch weit entfernt. Trotz aller verbalen Belagerungen will die große Mehrheit der Deutschen am Sozialstaat festhalten. Schandtaten auf dem Arbeitsmarkt müssen noch immer scheinheilig mit dem Arbeitsplatzargument verbunden werden. Ein Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion will keinen Eurofighter streichen, um, wie gefordert, das Geld für die Flutopfer zu verwenden, weil 80 Menschen in der wehrtechnischen Industrie in Lohn und Brot stehen. Auch ihnen gegenüber fühlt er eine soziale Verantwortung. Deshalb will er den Beschaffungsvertrag nicht gefährden. (FR 6. 1. 2005)

Weil wir von der Verteilungsgerechtigkeit des Sozialstaates Abschied nehmen müssen, sollen wir mit der Chancengerechtigkeit Vorlieb nehmen. Doch Chancengleichheit gibt es weder bei der Arbeit, noch bei der Bildung oder gar im Krankheitsfall.

Kein Wunder, dass solcher Unfug wie Chancengleichheit behauptet wird. Denn diese sog. sozialen Reformen wurden von Parlamentariern beschlossen, die wohl nie die Chance haben werden, arbeitslos zu werden oder Sozialhilfe zu beziehen. (Friedhelm Hengsbach)

Wir erinnern uns: Hartz IV wurde mit dem politischen Ziel begründet, mehr Eigenverantwortung zu ermöglichen. Das Gegenteil findet statt, die Menschen werden zum Objekt eines disziplinierenden Obrigkeitsstaats. Die Ein-Euro-Jobs lassen grüßen, die reguläre Arbeit verdrängen, das Lohnniveau weiter nach unten drücken und Dauerarbeitslose produzieren. Wir müssen uns dazu eine Position erarbeiten, da immer mehr Partner im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit aus Kirchen und Sozialverbänden mit diesen Jobs die Existenz ihrer Einrichtung zu retten versuchen.

Minijobs und prekäre Arbeitsverhältnisse sind eine Boombranche, während immer mehr Arbeitsplätze verschwinden. Die Regierung sieht die Konjunktur anspringen. Doch das Institut der deutschen Wirtschaft stellt fest, dass nur zwei der nachgefragten Verbände, die Informationswirtschaft und der Maschinenbau von einem Beschäftigungsplus ausgehen. In 19 Sparten wird dagegen mit weiterem Personalabbau gerechnet. Inzwischen haben wir sieben bis acht Millionen Arbeitssuchende. Durch Hartz kommen ab Januar weitere etwa 380.000 ehemalige Sozialhilfeempfänger hinzu. Macht nichts, sagt Clement, im Sommer wird alles

besser. Amtlich registriert sind es 4,5 Millionen Arbeitslose, der Rest ist aus der Statistik verschwunden.

Jetzt ist die große Steuerreform über uns gekommen. Das Ergebnis führt zu der Frage, wie lange will oder kann es sich unsere Gesellschaft leisten, mit Milliarden aus Steuermitteln privaten Reichtum zu subventionieren, während das Land verkommt?

Zahlten die Kapitalgesellschaften im Jahr 2000 noch 24 Mrd Euro Steuern, so gingen diese Einnahmen in den letzten drei Jahren auf 400 Millionen zurück. Die Gewinne stiegen von 285 Mrd im Jahr 2000 auf 314 Mrd im Jahr 2003.

Der Zynismus wurde an diesem 1. Januar deutlich. Da trat Hartz IV in Kraft und wurden die Spitzensteuersätze gesenkt. Die Milliarden, die den Kleinen genommen werden, kommen den Reichsten zugute, die sie an der Börse verzocken. Die Gutverdienenden werden beschenkt. Die meisten zahlen drauf. Die sog. Sozialreformen werden bei den Kleinen die Steuerentlastung auffressen. Ein alleinverdienender Familienvater mit einem Kind und einem Bruttoeinkommen von 2.200 Euro hat durch die Steuerreform vier Euro mehr im Monat. Seine Mehrbelastung künftig durch Zahnersatz und Krankengeld liegt aber bei rund 8,80 Euro. Macht unterm Strich eine um 4,80 Euro höhere Ausgabenlast.

Der Feldzug gegen den Sozialstaat ist der wohl tiefste Einschnitt in die Sozialgesetzgebung der Nachkriegszeit. Damals waren die Kräfteverhältnisse anders als heute. So schuf der neue Staat Gesetze, um die Lohnabhängigen vor der Übermacht des Kapitals zu schützen. Diese reichen von der Tarifautonomie über Kündigungsschutz bis hin zur Arbeitszeitordnung. Dazu gehört eine soziale Infrastruktur, dazu gehören Steuermittel zur Finanzierung der Sozialstaatlichkeit. Da das Sozialprodukt ständig gewachsen ist, könnten wir uns den Sozialstaat ökonomisch durchaus weiter leisten. Was aber wirtschaftlich möglich ist, ist politisch nicht gewollt. Denn jetzt ist die Verbesserung der Profitsituation und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Maßstab für den Weg aus der Krise. Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung sind die Wundermittel des Neoliberalismus.

Die Diskussion um die Arbeitszeit ist ein Stück aus dem Tollhaus. Herr Walter von der Deutschen Bank will nun auch noch die Raucher- und Teepausen vom Lohn abziehen. Pausen sind privat, sie sollen mit dem Arbeitsverhältnis nichts mehr zu tun haben. Genügt es denn nicht, dass sich aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes auch noch die Kranken zur Arbeit schleppen? Es ist grotesk, wenn

diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, zur Mehrarbeit gezwungen werden. Auf diese Weise wird die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Den Verlust von 100.000 Arbeitsplätzen errechnet die Gewerkschaft ver.di, wenn bei den Ländern die Arbeitszeit auf 42 Stunden verlängert wird. Hinzu kommt, Arbeitszeitverlängerung ist Lohnraub durch die Hintertür. Verkürzung der Arbeitszeit ist also dringendes Gebot und damit eine wichtige Forderung.

Nicht nur der Mindestlohn, der zum Auskommen reicht, ist aktueller denn je. Dabei sollten wir uns an den in vergleichbaren Ländern üblichen Sätzen orientieren, die über 1.100 Euro monatlich liegen. Vielleicht sollte auch über einen Höchstlohn für Manager gesprochen werden. Und da wir gerade dabei sind, auch die Mehrfach - Alimentation deutscher Volksvertreter könnte sozial gerecht zur Behebung der Arbeitslosigkeit aufgewendet werden. Entsprechende Förderprogramme fallen uns genug ein.

Wir müssen darauf achten, dass kein Gegensatz zwischen Alt und Jung, Arbeitslosen und Arbeitenden, Migranten, Asylbewerbern und Obdachlosen aufgebaut wird. Solidarität sollte zum wichtigsten Wort des Jahres 2005 werden. Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft gilt es zu verhindern. Die Integrationsdiskussion, diejenige über Ausländer, Islamismus, Leitkultur und deutschen Patriotismus zielen auf gesellschaftliche Spaltungen ab und sollen von den wirklichen Problemen ablenken. Wir müssen sehr darauf achten, dass nicht im Namen des Antisemitismus unsere türkischen Kollegen und Freunde gehetzt werden.

Weil wir die Anpassung an die Gesetze des Marktes ablehnen, und für uns die Bedürfnisse der Menschen zählen, ist die weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge entschieden zu bekämpfen. Dazu gehören die entsprechenden Bestandteile der geplanten Europäischen Verfassung und die sog Bolkesteinrichtlinie.

BdI Präsident Rogowski könnte sich vorstellen, 2006 Gerhard Schröder zu wählen. Ich könnte das auch. Ich warne vor der Illusion, einige linke Repräsentanten im Parlament könnten von sich aus wesentliches verändern. Ihnen droht Vereinnahmung, Zerreibung oder Totschweigen. Ich sage das, obwohl ich das Auftreten der PDS-Bundestagsfraktion als hilfreich empfand. Parlamentarisches Wirken genügt nicht. Entscheidend wird es sein, durch vielfältige Aktivitäten ein Klima zu schaffen, in dem politische Veränderungen in unserem Sinn möglich werden.

Zu überlegen sind Formen direkter Demokratie, aber auch, wie die Repräsentative Demokratie demokratisiert werden kann. Dazu scheint mir die Arbeit auf allen Ebenen erforderlich, bis hin zur Arbeit in Kommune.

Die Menschen wollen nicht nur wissen, wogegen wir sind. Wir müssen sagen, was wir wollen. Also auch Konzepte entwickeln, wie etwa das der solidarischen Einfachsteuer. Und wir müssen überlegen, ob es politische Reibungspunkte gibt, an denen Aktionen oder gar Kampagnen möglich sind. Nachzudenken wäre, ob Arbeit, Privatisierung, Bildung, Gesundheit, Militarisierung der EU solche Punkte sind.

Möglicherweise sind politische Ereignisse gute Anlässe, um für eine bestimmte Politik zu werben. So sollte der 8. Mai, der 60. Jahrestages der Zerschlagung des deutschen Faschismus und der Beendigung des Krieges von zahlreichen Veranstaltungen begleitet werden, um das „Nie wieder“ zu begründen und vertiefen. Auch die Anwesenheit des Repräsentanten einer in vielerlei Hinsicht abzulehnenden Politik, nämlich die von Georg W. Bush, in Deutschland könnte Anlass zu Aktionen sein. Aber darüber wäre ausgiebig zu reden.

Die Demonstrationen seit Seattle haben sich mit der Politik von Organisationen wie der WTO, der Weltbank, des IWF, der OECD und der EU scharf auseinandergesetzt. Die Einsicht greift um sich, dass diese Organisationen optimale Bedingungen für die freie Bewegung des Kapitals, für den weltweiten Schutz von eigentumsrechten (MAI) auf Kosten der nationalen Souveränität, der Demokratie und der sozialen Absicherung der Bevölkerung schaffen. In diese Tradition der Aufklärung sollten wir unser 1. Sozialforum in Deutschland stellen. Wir können zuversichtlich sein, dass es Wirkung erlangen wird.

Horst Trapp